

Streit um eine „Abordnung“

Bürgermeister Kiefer: Es gibt hier keinen Sozialabbau

So richtig lebhaft wurde es am Donnerstag abend im Jugendwohlfahrtsausschuß erst unter dem Punkt „Verschiedenes“. Da stand nämlich – vom Kuratorium des Hauses der Jugend beantragt – die „Abordnung“ einer Sozialarbeiterin aus dem Haus der Jugend (HdJ) ins Jugendzentrum Waltershofen zur Debatte. (Wir berichteten mehrfach über diese „Abordnung“).

Was für Bürgermeister Berthold Kiefer „überhaupt kein Grund zur Irritation“ ist, stellt sich freilich für das HdJ-Kuratorium, das satzungsgemäß in Personalangelegenheiten zu hören ist und sich mehrheitlich gegen die Versetzung der hauptamtlichen Sozialarbeiterin ausgesprochen hatte, als ein Infragestellen seiner Kompetenzen dar. Pädagogische Überlegungen nicht zu berücksichtigen empfindet das Kuratorium jedenfalls als „groben Verstoß“.

Bürgermeister Kiefer hielt dem das Weisungsrecht der Stadt entgegen, von dem man Gebrauch gemacht habe. Denn im Jugendzentrum Waltershofen gebe es zwar das Bedürfnis nach einer zweiten hauptamtlichen Stelle; zusätz-

lich zu der einen bestehenden sei die angesichts der Haushaltslage nicht drin. Also habe man eine Personalumschichtung erwogen. „Es ist ja nicht unkeusch, darüber nachzudenken, ob im Rahmen des pädagogischen Gesamtpotentials in städtischen Einrichtungen eine Umschichtung möglich ist“, verteidigte der Bürgermeister die Abordnung.

Zugleich ging Kiefer zum Angriff über gegen all jene, die in diesem Zusammenhang über einen fortschreitenden Sozialabbau in Freiburg geklagt hatten: „Es ist intellektuell unredlich, wenn ausgerechnet Sozialarbeiter von einem Sozialabbau sprechen.“ Im Sozialbereich habe es während des vergangenen Jahrzehnts vielmehr einen kontinuierlichen Ausbau gegeben.

Und dem Einwand des Kuratoriumsvorsitzenden Frank Löslein, man stoße sich vor allem am Vorgehen der Verwaltung (die das Kuratorium nicht über die Abordnung informiert hatte), entgegnete der Bürgermeister: „Über die Kritik am Vorgehen der Verwaltung sollten wir nicht in öffentlicher Sitzung reden.“

gmk